



Schweiz. Vereinigung Industrie + Landwirtschaft

Association Suisse Industrie + Agriculture

Associazione Svizzera Industria + Agricoltura

gegründet 1918 von Prof. Hans Bernhard und Schweizer Industriellen für die Landwirtschaft

Geschäftsbericht 2003

Nr. 141, September 2004

Unser Anliegen

Die laufenden WTO-Verhandlungen sowie auch eine zunehmende Verunsicherung über Kosten und Effizienzüberlegungen bei den staatlichen Ausgaben haben in unserem Land zu schroffen Meinungsäußerungen von Seiten der Industrie gegenüber der Landwirtschaft geführt. Damit sind zwei Dinge deutlich geworden:

- die jetzige Agrarreform konnte die grundlegende Notwendigkeit einer landeseigenen Landwirtschaft in einer hochentwickelten Gesamtwirtschaft nicht ausreichend verständlich machen. Das nagt am Konsens. Die Agrarpolitik verwaltet im Auftrag des Bundesrates einen Bestand von agrarpolitischen Korrekturmassnahmen. Es ist ihr jedoch verwehrt, in einem Kontext, der nur noch durch reine Geld- und Handelskapitalinteressen dominiert wird, den Gesamtzusammenhang der volkswirtschaftlichen Wohlfahrt zu vertreten. Die Bedeutung des Zusammengehens von Industrie und Landwirtschaft wird nur klar, wenn das Ziel einer stabilen entwicklungsfähigen Gesamtwirtschaft Vorrang vor kurzfristigen Interessen des weltweit agierenden Handelskapitals hat. Der wirtschaftliche Druck, die Handelsverhandlungen auf Ebene der WTO bis zum Sparzwang auf einzelstaatlicher Ebene dienen eben diesen Interessen des weltweit tätigen Handelskapitals. Wir müssen mit unseren langfristigen Investitionen — und dazu gehört vor allem die Ernährung — aufpassen, nicht in eine Falle zu treten.
- Es wirkt sich nun aus, dass in der öffentlichen Diskussion die Entstehung der alten Agrarpolitik nicht korrekt dargelegt und erklärt wurde. Stattdessen wurden — anstatt mit den Mythen aufzuräumen — neue Mythen geschaffen. Die Agrarpolitik wurde in ihrer Entstehung als dem Geist des Zweiten Weltkrieges zugeordnet. (Zweite-Weltkrieg-Romantik). Damit wurden der Zusammenhang der liberalen Wirtschaftsordnung mit ihrer Landwirtschaft und die daraus seit dem 19. Jahrhundert immer wieder neu entstandenen Widersprüche

übergangen. Die ungelösten Fragen bleiben und damit auch Konflikte, die weiterwirken. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis das ständig sich senkende Niveau der öffentlichen Debatte ("Die Landwirtschaft muss weg!") in der Schweiz hemmungslos nach der billigsten Versorgung und dem maximalen Konsum verlangt.

Wie konnte es trotz anders lautenden politischen Erklärungen dazu kommen?

Wir betreiben Reformen, welche jedoch die Ursachen der zu reformierenden Deformationen oder Missstände nicht oder nur unzureichend einbeziehen. Am Schluss führt die Reform nicht zum gewünschten Ziel. Die Verhältnisse, die eigentlich hätten umgestaltet werden müssen, haben sich dann jedoch ganz entgegen den beabsichtigten Reformen in der Zwischenzeit sogar ausgedehnt. Damit finden weitere Reformen in zunehmend schwierigerem Umfeld statt:

Das Konzept lautete:

- Entlastung der Konsumenten, Angleichung an das ausländisch tiefere Preisniveau, um die Öffnung des Agrarhandels besser zu überstehen;
- Belastung der Steuerzahler, um ökologische Leistungen abzugelten und um das sinkende landwirtschaftliche Einkommen auszugleichen;
- Senkung der landwirtschaftlichen Produktpreise und Ausgleich durch Direktzahlungen von Seiten des Steuerzahlers. Lieferung der Landwirtschaft an die Nahrungsmittelindustrie zu tieferen Rohstoffpreisen. Das hätte wiederum erlauben sollen, das etwas höhere Kostenumfeld der Schweiz auszugleichen.

In der Realität ist die gewünschte Verbilligung für die Konsumenten nicht eingetreten. Damit ist die gefürchtete Preisdifferenz zum Ausland bestehen geblieben. Für den Steuerzahler hat sich der Aufwand für die Landwirtschaft auf 4 Mrd. erhöht. Der Endrohertrag der Landwirtschaft ist jedoch massiv zurückgegangen. Wogegen die Landwirtschaft von den Ausgaben des Staates von 4 Mrd. Fr. deutlich weniger erhält und auf massiven Einkommenseinbussen sitzen bleibt: und dies bei gleicher Belastung der

Konsumenten und bei deutlicher Höherbelastung des Steuerzahlers. So wie es aussieht, verschlingt der der Landwirtschaft nachgelagerte Bereich mehr Geld. Für den Bauern und den Steuerzahler ist die Situation schlechter geworden, für den Konsumenten nicht besser. Bei Verwaltung, Administration, Kontrollen und Nahrungsmittelverarbeitung ist der Gesamtaufwand gestiegen. Die Wertschöpfung verschiebt sich trotz Agrarpolitik von der Landwirtschaft weg. Diese Situation ist unbefriedigend und zermürbt den politischen Konsens.

Die SVIL hat in ihrer Schrift Nr. 135 die Gründe, warum die Landwirtschaft in einem hochentwickelten Industriestaat nicht als ein Wirtschaftszweig unter vielen verstanden werden kann, dargelegt. Die Meinung, die Industrie müsse zuerst die finanziellen Mittel erwirtschaften, damit die Gesellschaft sich eine eigene Landwirtschaft leisten könne, stellt die Verhältnisse auf den Kopf. Die Landwirtschaft ermöglicht die Industrie, indem sie nicht nur sich selbst versorgt, sondern das ganze Volk miternährt. Eine Volkswirtschaft entsteht erst im Zusammenwirken der einzelnen Teile, wobei die Preise über die Lebensnotwendigkeit und die zeitliche Dynamik der gesellschaftlichen Strukturen überhaupt nichts Objektives aussagen. Die Sichtweise, dass die Industrie die Landwirtschaft finanziere, beruht auf einer Fehlinterpretation und Verabsolutierung momentaner Preisgefüge, die jedoch sowohl bezüglich ihrer Entstehung wie auch in Bezug auf ihre zukünftige Weiterentwicklung grossen Veränderungen unterliegen.

Mit diesem Thema muss sich die SVL in den nächsten Jahren viel intensiver auseinandersetzen und diese Zusammenhänge auch ihren Mitgliedern erläutern: die Krise der Stellung der Landwirtschaft innerhalb der Industriegesellschaft ist Teil der Krise dieser Industriegesellschaft selbst. Die Stichworte sind Beschäftigung, Metropolisierung, Versorgung und öffentliche Finanzen, Forschung, Kultur und Vorsorge. Die Schweiz kann nicht als reiner Immobilienstandort oder als reine Dienstleistungsgesellschaft, wie das internationale Berater empfehlen, überleben.

In einer hochentwickelten Wirtschaft muss die Landwirtschaft an den volkswirtschaftlichen Erträgen teilhaben können. Die Agrarreform suchte durch die Kombination von „mehr Ökonomie und gleichzeitig mehr Ökologie“ das drängende Einkommens- und Kostenproblem durch eine Extensivierung der Landwirtschaft zu lösen. Sie wurde dabei unterstützt von den Kräften, die in der Raumplanung und besonders im Bodenschutz einen Riegel gegen die wirtschaftliche Entwicklung zu erkennen vermeinen. Die Kulturlandfläche in der Schweiz wird durch die agrarpolitisch eingeleitete Extensivierung von Grenzertragsböden her deutlich reduziert. Das hilft, so meint die Agrarreform, Kosten sparen, wenn man einen Teil des Kulturraumes wieder der Natur zurückgibt.

Die Kulturlandfläche wird aber auch von den Fließgewässern her durch die neu geforderten Flussaufweitungen und Gewässerrenaturalisierungen zunehmend eingeschränkt. Das krepelt das Grundkonzept der Kulturraumentwicklung um, die überall in Europa mit Gewässerregulierungen und der Fruchtbarmachung der Talböden begonnen hat. Hier liegen die intensiv genutzten Landwirtschaftsflächen, welche die historische Voraussetzung der Bevölkerungszunahme darstellen.

Der Verlust der landwirtschaftlichen Kulturfläche erfolgt durch die reine Überbauung und — im grossen Stil — zusätzlich unter dem Argument des Naturschutzes. Die für unsere gesellschaftliche Entwicklung notwendigen Lebensgrundlagen gehen umso schneller verloren.

Die Begründungen zu diesem Vorgehen leiten die „Naturschützer“ aus ökonomischen Berechnungen und Preisüberlegungen ab, die jegliche Nachhaltigkeitsüberlegungen vermissen lassen und ein historisch sehr begrenztes Preisgefüge verallgemeinern, die weit über die momentanen Zeiträume hinausreichen. Im Zeichen der „Nachhaltigkeit“ wird versucht, Errungenschaften, die während Jahrhunderten aufgebaut wurden, kurzfristig aufzulösen.

Das Alarmierende an diesem gesellschaftlichen Prozess ist, dass sogar Naturschutzkreise vor völlig falschen Einschätzungen der Realität nicht geschützt sind. Die zeitliche

Verabsolutierung momentaner Preisrelationen erinnert an das Verhalten vieler Sparer und Kleinanleger angesichts des Börsenbooms der 90er Jahre. Es nützte wenig, dass namhafte Ökonomen mahnten, dass sich an der Börse über lange Zeiträume kein Geld verdienen lässt. So kurzzeitig ist das Gedächtnis der Menschen!

Der Bodenschutz ist eine langfristige Angelegenheit. Wir müssen aufklären gegen die Tendenzen, unsere Produktionsgrundlagen verkümmern zu lassen, weil dies aktuelle Preisrelationen und höhere Erträge im Immobilienbereich zusammen mit "mehr Natur" als empfehlenswert erscheinen lassen.

HB

Bemerkungen zur Reformdiskussion: der Freihandel zwischen Industrie und Landwirtschaft

1. Die *economie suisse* greift — nach einer Positionsänderung der EU in Bezug auf WTO-Verhandlungen und die Stellung der Landwirtschaft — die schweizerische Landwirtschaft an und bezeichnet sie als Störfaktor bei der Suche nach Möglichkeiten, um das stagnierende Wachstum wieder anzukurbeln.
Damit tritt nun die Situation ein, die wir seit Ende der 80er Jahren in den Geschäftsberichten der SVIL stets angesprochen haben: die Liberalisierung/Deregulierung, so wie sie nach der Vorstellung international bestimmender Handelskreise über die OECD verbreitet wurde, führt zu einer substantiellen Reduktion der Landwirtschaft in der Schweiz. Wir haben das als Rückzug aus der Fläche vorausgesagt.
2. Im Weiteren setzt sich nun die Tendenz bezüglich der Direktzahlungen fort, diese als eigenen Landschaftspflegemarkt von der landwirtschaftlichen Produktion definitiv zu trennen. Auch das Direktzahlungskonzept ist unter verstärktem Druck.
3. Der Titel unseres Symposiums von 1996 „Verliert die Schweiz den Boden unter den Füßen?“ war im Hinblick auf die heutige Entwicklung treffend gewählt. Aus der Sicht der Verarbeitungsindustrie glaubte man daran, die eigene Landwirtschaft werde schon einen Strukturwandel schaffen, der die Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland wiederherstelle. Wir haben damals schon gesagt, dass, wenn die Bauern ihre Produkte gratis abgeben würden, die verarbeiteten Lebensmittel in der Schweiz immer noch teurer seien als im Ausland. Damit wollten wir zeigen, dass die vorgelegten Reformschritte, welche als „Befreiung der Landwirtschaft von der Planwirtschaft“ angepriesen wurde, das Problem nicht lösen können.

4. Ziel der WTO-Verhandlungen ist die immer hemmungslosere und direktere Beseitigung von Standards jeglicher Art, um dadurch den Preisvergleich von Produkten, unabhängig von den Prozessen, mit denen sie hergestellt werden, als alleiniges Kriterium sämtlicher Kauf- und Investitionsentscheide freizulegen.
5. Auf dieser durch die Liberalisierung verbesserten Voraussetzung des Handelsgewinnes kann das international immer beweglicher zirkulierende Finanzkapital wieder höhere Gewinne erreichen.
6. Darauf bauen inzwischen auch grössere Industrien und Dienstleistungsbetriebe in den einzelnen Ländern, die konjunkturell von dieser Art der Wachstumserzeugung stark abhängig sind.
7. Demgegenüber waren bisher jedoch die klassischen Wachstumsquellen der Industrie gekennzeichnet durch die Bedürfnisentwicklung, die Rationalisierungsfortschritte und die Ausweitung der Produktion und des Absatzes im Export. Dieses Produktionswachstum und vor allem die Rationalisierungen reichen heute zur Alimentierung des Kapitalwachstums und neu vereinzelt sogar zur Refinanzierung nicht mehr aus.
Der heutige Wachstumsimpuls speist sich immer ausschliesslich aus mehr Mobilität und Stoffdurchsatz und bewusst in Kauf genommener Zerstörung nachhaltiger gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Strukturen und Standards. Umgekehrt tragen heute nachhaltige Strukturen wenig bis nichts zum verlangten Wachstum des Finanzkapitals bei.
8. Die Chancen einer zukünftigen, sich wieder vermehrt auf erneuerbaren Ressourcen begründenden wirtschaftlichen Entwicklung wird so verspielt.
Das international vor allem aus den USA und Grossbritannien agierende Handelskapital duldet keine Einschränkung der Kapitalverwertungschancen. Die Postulate der Nachhaltigkeit und der souveränen Entwicklung der einzelnen Völ-

ker werden dem Anspruch auf die Ausdehnung der Kapitalverwertungsmöglichkeiten untergeordnet.

Da die USA jedoch konjunkturell als Lokomotive wirken und folglich auch eine ökonomische Abhängigkeit besteht, wird diesem Anspruch zugestimmt.

9.

Wo jedoch die ungelösten Konflikte liegen, zeigt das folgende Beispiel:

Bei aktuellen Wechselkursen beträgt der polnische Milchpreis einen Drittel des schweizerischen Milchpreises. Die Löhne und die Pachtzinsen machen in Polen jedoch nicht einen Drittel der schweizerischen Werte aus, sondern einen Zehntel. Somit ist die polnische Milch für die polnischen Konsumenten bedeutend teurer als die schweizerische Milch für die schweizerischen Konsumenten. In etwas abgeschwächter Form trifft diese Feststellung auch auf die Situation in unseren umliegenden Ländern zu.

Beharrt nun der internationale Handel in dieser Situation auf freiem Marktzutritt, so verkauft er in der Schweiz polnische Milch zum erwähnten tiefen Preis. Damit wird jedoch nicht das verfolgt, was an den Handelsverhandlungen als Liberalisierung dargestellt wird, wo der effizientere Produzent gegen die Abschottung der Trägen und Faulen eine Chance erhält, sondern es wird vom Handelskapital eine reine Arbitrage eingestrichen zum Schaden der schweizerischen bäuerlichen Produzenten und Verarbeiter und zum Schaden der polnischen Konsumenten. Warum? Weil der Händler, der die billigere polnische Milch, hergestellt von wenig effizient arbeitenden Betrieben, den schweizerischen Konsumenten anbietet, den schweizerischen Bauern das Einkommen nimmt und die westliche Milch der in den roten Zahlen stehenden Betriebe aufgrund der so geförderten Überschussituation zu einem für die westlichen Produzenten zu tiefen Preis an die polnischen Konsumenten jedoch zu einem— wegen der durch den Millexport in Polen entstandenen Knappheit — höheren Preis als bisher verkauft. Am Schluss ist über alles betrachtet ein Handelsgewinn zum Schaden der schweizerischen und polnischen Volkswirtschaft entstanden. Das Ergebnis sind Handelsgewinne auf Kosten von Einkommen von Bauern und

Konsumenten, sowie auf Kosten der Nachhaltigkeit. Ergebnis ist einmal mehr eine Einkommensumverteilung zu Gunsten der Aktionäre der Handelsgesellschaften.

10.

Damit zieht das internationale Handelskapital der polnischen Volkswirtschaft das Geld aus der Tasche, das der polnischen Volkswirtschaft verloren geht. Und es zerstört in der kaufkräftigeren Schweiz eine effiziente Produktionsstruktur und ersetzt sie durch Lieferungen aus ökonomisch rückständigeren Gebieten. Damit sind die Ziele der viel gepriesenen Handelsethik nicht erreicht.

11.

Dieser Vorgang wird so nie diskutiert. Stattdessen wird behauptet, die ausländische „Konkurrenz“ zu tieferen Preisen (wie sie hier überhaupt auf den Markt gelangen kann, haben wir gezeigt) sei die Folge zu geringer Effizienz der schweizerischen Produzenten. Und die so reden, belegen diese Aussage mit einfachen Kosten-Mengenvergleichen der sog. economy of scale. Die Qualität, die Nachhaltigkeit und die volkswirtschaftliche Effizienz werden ausser Betracht gelassen. Der Einkommensverfall der Landwirtschaft in allen hochentwickelten Industriestaaten wird jedoch verursacht durch

- die stärkere Geldmengenausdehnung in Industrie und Dienstleistung gegenüber der Landwirtschaft,
- die Oligopole der vor- und nachgelagerten industriellen Strukturen,
- das höhere Wertschöpfungspotenzial in der Verarbeitungsindustrie gegenüber der an der Natur arbeitenden Lebensmittelproduzenten,
- den Drang der Agglomerationen gegen jede Nachhaltigkeit sich mit den billigsten Importen aus dem globalen Hinterland zu versorgen,
- und die überhöhten Währungskurse der starken Industrie und Dienstleistungsexportländer und deren Überteurung im Binnenbereich bis in den Bodenmarkt.

Diese nachteiligen Einflüsse auf die Landwirtschaft lassen sich durch eine noch rationellere Stückkostenproduktion eben wegen den verzerrten Kosten niemals aufwiegen.

12.

Neben den oben aufgeführten Ungereimtheiten werden ethische Begründungen angeführt, warum wir uns Billigimporten ausliefern müssen: es sei die vornehme Pflicht des reichen Westeuropas auch den rückständigen Gebieten eine Chance zu geben.

Während jedoch die USA ihre eigene Landwirtschaft stärker subventionieren, wird unseren Bauern über ihre eigene Presse vorgehalten, sie lebten auf Kosten der Armut der Bauern in der Dritten Welt und müssten den Abbau der Preisstützungen nicht zuletzt aus ethischen Gründen hinnehmen.

13.

Das Handels- und Finanzkapital hat weltweit eine hohe Dominanz erhalten. Da die entstandene Finanzblase mit der Realwirtschaft nicht mehr übereinstimmt, ist auch eine Situation der tendenziell fallenden Profitrate gegeben. Aus dieser Stellung heraus, wird die Frage des Wachstums als eine Frage des Finanzkapitalwachstums verallgemeinert und aus dem wirtschaftlichen Kontext herausgelöst. Dies ermöglicht, im Handelsbereich Massnahmen zur Wiederankurbelung des Wachstums zu erreichen, die jedoch ihren Preis haben.

14.

In Bezug auf die Schweiz stellt sich die Frage, ob es vertretbar ist, den von der WTO verlangten Preis des Verzichtes auf eine eigene Ernährungsversorgung zu bezahlen, und was wir dagegen vorkehren können und müssen.

15.

Wir stehen unter Wachstumszwang des Finanzkapitals und geraten dabei in die folgende Falle:

a) Wir werden gezwungen, die Voraussetzungen unserer wirtschaftlichen Eigenständigkeit in den Versorgungsbereichen der Ernährung, der Energie, der Kommunikation, des Verkehrs etc. zu „öffnen“, das heisst, zur ausschliesslichen Handelsware zu machen. Wem das nützt, haben wir oben dargelegt. Über das beweglichere Anlagekapital ist der Anreiz geschaffen, auf diese Öffnung einzutreten. Sinkende Steuereinnahmen tragen das Ihre dazu bei, solche Massnahmen zu begünstigen.

b) Dabei werden aus den oben erläuterten Gründen diese dem internationalen Handel ausgelieferten Versorgungsbereiche für uns in der Zukunft nicht billiger. Auch Prof. Hans Chr. Binswanger bestätigt diese Darlegung.

c) Wir geraten in eine Lage, wo wir als Folge dieses Mittelabflusses zur Speisung des internationalen Finanzkapitalwachstums die Mittel zu Refinanzierung unserer Wirtschaft nicht mehr aus eigener Kraft aufbringen können.

16.

Eine Reformdiskussion ist zu führen, wie und mit welchem Konzept wir diese Entwicklung parieren können und was wir stattdessen in Zukunft vorkehren müssen.

Indem nun die Industrie die Landwirtschaft nur noch als Kostenfaktor wahrnimmt, sind wir als SVIL im Kern des Gründungsgedankens angesprochen, wie wir das im Mitgliederbrief von 1991 bereits als die grundlegende Aufgabe der SVIL wieder in Erinnerung gerufen haben.

Die nun in der gesamten Wirtschaft eingetretene Situation zeigt, dass das Wissen, welches die SVIL nach dem Schock von 1918 auf den Plan gerufen hat, weitgehend zerfallen ist. In einem gewissen Sinne ist auch das Vereinsleben der SVIL von dieser Entwicklung beeinflusst worden.

Die Lösung des Problems liegt in der Erneuerung. *Was ansteht und was wir nun umsetzen, ist eine Erweiterung von Vorstand und Mitgliedern der SVIL mit weiteren Personen aus der Unternehmerschaft, welche den heraufziehenden Verlust der Landwirtschaft, die sich verschärfende Deindustrialisierung bereits erkennen und deshalb die richtigen Schlüsse als Verantwortungsträger der Gesellschaft ziehen wollen.*

HB

Fünf Gründe, warum die Landwirtschaft global Einkommen verliert — und ein Lösungsvorschlag in vier Punkten

1. Dominanz der Industrieperspektive im Ernährungsbereich: Ausdehnung der Wertschöpfung in der industriellen Verarbeitung auf Kosten der Rohstoffpreise

Landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Fleisch, Milch, Ackerprodukte, Obst und Gemüse etc. sind *Naturprodukte mit begrenzter Wertschöpfungsmöglichkeit*. Sind die Lebensmittel vom Boden getrennt, ist die Wertschöpfung der Landwirtschaft abgeschlossen. Aus Sicht der Industrie sind diese landwirtschaftlichen Produkte bzw. Lebensmittel lediglich reine Roh- oder Basisstoffe mit anonymem, austauschbarem Charakter, etc.

Die eigentliche Wertbildung kommt aus Sicht der Industrie erst durch die industrielle Verarbeitung hinzu. Der Rohstoff hat aus dieser Sicht, da direkt nicht verkäuflich, kaum einen Wert. Wert entsteht aus dieser Sicht der industriellen Verarbeitung erst durch die Veredelung. Aus dieser Perspektive des Geschäfts entsteht erst jetzt jener Wert, womit letztlich auch die Rohstoffproduzenten, sprich Bauern, bezahlt werden können. Um die auch auf der Industrie lastenden Kostenprobleme zu lösen, nutzt der industrielle Verarbeiter die Möglichkeit der weiteren Wertschöpfung, die dem Produkt zugefügt werden kann. Aus ihrer starken Stellung vor dem Konsumenten wird sie den entsprechenden Preis für die selbst zugefügte Wertschöpfung verständlich machen. Dieser Vorgang *kann geradezu beliebig erweitert werden...* (siehe z.B. Kostenvergleich Produktion / Verarbeitung von Bio-Rüebli...)

Aus der Industrieperspektive ergibt sich eine Bevorzugung und Förderung von *Prozessen der industriellen*

Verarbeitung und Verteilung mit Zusatzservice, die ein Maximum an Wertschöpfung erlauben.

Das *Frische- und Natur-Argument* wird vor allem als Verkaufsargument bei Verarbeitung und Verteilung benutzt. Grosse Restaurantketten zeigen, in welcher heiler Natur ihre Produkte gewonnen werden. Die Naturfrische der Lebensmittel als direktes Qualitäts- und Preisargument der bäuerlichen Produzenten gegenüber den Konsumenten wird dagegen systematisch unterdrückt, da dies ja nur den Produzenten und ihren Preisforderungen zur Deckung ihrer von der Natur mitbestimmten Produktionskosten zu Gute käme. Wenn nämlich der Zusammenhang zwischen der Lebensmittelqualität und der Nachhaltigkeit der landwirtschaftlichen Produktion thematisiert würde, dann wäre der Zusammenhang zwischen Lebensmittelqualität, Lebensmittelpreisen und landwirtschaftlicher Betriebsgrösse, das heisst der Anzahl bäuerlicher Arbeitskräfte pro Fläche ein Qualitäts- und Preisargument vor dem Konsumenten. Diese Argumentation, die darlegen würde, dass zwischen der landwirtschaftlichen Produktion auf erneuerbarer Ressourcengrundlage und der industriellen Produktion auf nicht-erneuerbarer Ressourcengrundlage prinzipielle Unterschiede bestehen, die auch bezüglich der Rationalisierungsmöglichkeiten, um die Einkommensproblematik zu lösen, jeweils andere Strategien verlangen, wird durch die zur Zeit klar dominierende Industrieperspektive nicht zugelassen. So verständlich dieses Geschäftsgebaren ist, das in der heutigen Konkurrenzlage nur auf die eigene Tasche schaut, so kurzsichtig ist es, *weil die Industrie ohne eigene, „heimische“ Ressourcengrundlage langfristig nicht überlebensfähig ist*. Das heisst, die Industrie muss ihre sozialpolitische Verantwortung wahrnehmen und für das volkswirtschaftliche Ganze Reformmassnahmen entwickeln und einleiten.

Nur so können die Anliegen der Agrarreform letztlich auch gelöst werden, wenn sie Eingang in eine gesamtwirtschaftliche Reform finden.

2. Unterschiedliche Voraussetzungen der Arbeitsorganisation zwischen industrieller Arbeitsteilung und Produktion an der Naturgrundlage

Kern des *Industrieprozesses* ist die Arbeitsteilung und *die Organisation der Prozesse* in Verarbeitung und Verteilung; die Möglichkeit, Industrieprozesse zu konzentrieren, nimmt sprunghaft zu, je grösser die Verarbeitungsdistanz von der Natur und vom Boden ist und je billiger die Treibmittel sind; der Verarbeiter hat in einer arbeitsteiligen Gesellschaft deshalb immer eine günstigere, oligopolistische Marktstellung. Er nutzt diese bodenfernere, jedoch organisatorisch konzentriertere Stellung unter den Vorzeichen des geltenden 'Wirtschaftsegoismus' klar für sich aus und drückt die Rohstoffpreise im Ankauf. Dadurch kommt das landwirtschaftliche Einkommen unter Druck, weil zwischen landwirtschaftlichem Angebot und industrieller Nachfrage ein Ungleichgewicht herrscht, das auch durch eine „industrielle Landwirtschaft“ nicht aufgehoben werden kann.

3. Zurückbleiben der landwirtschaftlichen Rohstoffpreise gegenüber Industrie und Dienstleistung aufgrund der Ausdehnung der Geldmenge

Unter dem Ertragsanspruch der Geldvermögen funktioniert unsere Wirtschaft nur bei Wachstum. Da Geldkapital ständig wachsen muss, muss die Kapitalverwertung real ständig zunehmen. Dem widersetzt sich der Boden, der nicht vermehrbar ist, sowie die beschränkte Steigerbarkeit des Nahrungsmittelkonsums innerhalb einer entwickelten Volkswirtschaft. Die mit dem allgemeinen Wirtschaftswachstum sich ausdehnende Geldmenge verteilt sich proportional immer mehr auf Industriegüter und Dienstleistungen, wogegen die auf die landwirtschaftliche Produktion zukommende Geldmenge relativ immer kleiner wird. Das äussert sich in der Preis-Kosten-Schere: die Produkte aus Industrie und Dienstleistung sind relativ zum landwirtschaftlichen Einkommen immer teurer; die Konsumenten geben immer weniger für ihre Er-

nährung aus. Die Landwirtschaft kann dadurch an der Effizienzsteigerung der übrigen Wirtschaft (Industrie-Produkte werden an sich wegen der Rationalisierung tendenziell immer billiger) dennoch wegen der auf die Landwirtschaft zukommenden und nicht wachsenden Geldmenge nicht teilhaben. Das entzieht der Landwirtschaft ständig Einkommen, was die Landwirtschaft nicht endlos mit Rationalisierung beantworten kann.

4. Umschwenken der Versorgung der Agglomerationen auf fremde Ressourcengrundlage aus Ländern mit tiefen Lebenshaltungskosten und tiefen Lebensmittelpreisen:

Wachstum entsteht auf der Kapitalseite befristet auch durch Import billigerer Konsumgüter. Dadurch wird Kaufkraft bzw. Einkommen frei gemacht für höhere Konsumbesteuerung, höhere Mieten oder generell für das "Wachstum" durch Forcierung der Agglomerationsprozesse in den Bereichen Immobilien, Migration, Freizeit, Abgaben...

5. Währungskurse als Bestimmungsfaktor der Preisvergleiche zwischen unterschiedlichen Währungsräumen

Die Preisunterschiede zwischen zwei Ländern bzw. zwischen zwei Währungsräumen wird durch die Bewertung der Währungen an den Devisenmärkten bestimmt. Ein Land wie die Schweiz mit starker Exportfähigkeit hat wegen der Nachfrage auf den Devisenmärkten eine überbewertete Währung. Umgekehrt können andere Währungen auf den Devisenmärkten erreichen, dass sie unterbewertet sind. Folglich sind die Importe zu billig. Dadurch muss die Exportwirtschaft noch mehr rationalisieren, um konkurrenzfähig zu bleiben. Somit entsteht der Druck zur Rationalisierung an dieser Stelle nicht aus der ökonomischen Rückständigkeit sondern aus dem hohen Grad der Industrialisierung. Deshalb liegt die Darstellung der OECD, es könnte bei Streichung der inländischen Landwirtschaft 7 Mrd. Fr. eingespart werden, nur im Interesse der

nach Wachstumsmöglichkeiten sich umsehenden Anleger. Denn an sich suchen Preissubventionen in den meisten Industrieländern ein binnenwirtschaftliches Ungleichgewicht zu korrigieren. Addiert man diese Ausgaben zu den Preisdifferenzen zwischen den einzelnen Ländern hinzu, so ergeben sich in Bezug auf die Lebensmittel für die Schweiz die ominösen 7 Mrd. Franken.

Die Binnenwirtschaft müsste also die wirtschaftlichen Strukturen der Bedarfsdeckung zu Gunsten der Optimierung des Kapitalanleger-Standpunktes veröden lassen. Die von der OECD errechneten Preisdifferenzen sind ein Argument für den Agrarhandel, der sich dadurch Zutritt zu neuen Märkten rein argumentativ erzwingen will. Daneben gibt es jedoch die volkswirtschaftliche Ganzheit, die ihre eigene Logik und Existenzberechtigung hat. Darüber bzw. über die Legitimation souveräner Rechte wird zur Zeit diskutiert.

*

Die Stückkostenfrage und der Aufruf zur "Effizienzsteigerung" in der Landwirtschaft

Trotz den oben festgestellten Ursachen und Erklärungen des Preis- und Einkommensproblems in der Landwirtschaft wird unverändert an der These festgehalten, die Landwirtschaft produziere zu teuer und es seien namhafte Effizienzreserven in der Landwirtschaft vorhanden, die ausgeschöpft werden könnten. Hohe Stückkosten der schweizerischen Agrarerzeugnisse würden zudem ihren Export beeinträchtigen, was wiederum das Einkommen der Bauernbetriebe beeinträchtigen würde. Zudem seien die schweizerischen Agrarerzeugnisse bei der Grenzöffnung gegenüber dem billigeren Import auch in der Schweiz nicht konkurrenzfähig.

Die offizielle Agrarpolitik schlägt deshalb vor

a) eine weitere Rationalisierung der Agrarproduktion: Annahme, weniger Betriebe erzeugen zu tieferen Prei-

sen, sowie

b) vermehrte Nutzung nichtlandwirtschaftlicher Einkommensmöglichkeiten im Rahmen der Öffnung der Landwirtschaftszone für die Ausdehnung des Agglomerationsprozesses in jene Räume, wo Landwirtschaft und Gewerbe deutlich an Wertschöpfung verlieren. Dies wird als "Vernetzung der Agrarpolitik mit der Regionalpolitik" bezeichnet.

Beurteilung

Wie oben in fünf unterschiedlichen Aspekten dargelegt, erlauben die prinzipiellen Unterschiede zwischen Industrie und Landwirtschaft nicht, das Einkommensproblem in der Landwirtschaft auf dem bisherigen industriellen Weg der weiteren Rationalisierung in der Landwirtschaft zu lösen.

Auch muss in diesem Zusammenhang wieder in Erinnerung gerufen werden, dass die Lebensmittel in der Schweiz im Verhältnis zur hiesigen Kaufkraft billiger sind als etwa in der EU.

Die Bauern haben ihre Produktionskosten bereits um 2 Milliarden Franken gesenkt. Die Produkte sind auf dem Ladentisch nicht billiger geworden. Auch wenn die Bauern die Rohstoffe gratis liefern würden, die Preise auf Verarbeitungsstufe wären immer noch höher als die Verkaufspreise im Ausland. Also auch hier ist der *Aufruf zur Rationalisierung in der Landwirtschaft nicht mehr zielführend*.

Lösungsvorschlag

In dieser Situation soll die Landwirtschaft sich nicht auf Kostenführerschaft ausrichten sondern versuchen die Bedürfnisse der Konsumenten besser zu erschliessen. Das heisst, die Landwirtschaft muss sich die Voraussetzungen sichern, dass sie den Konsumenten die erbrachten Leistungen und die zur Kostendeckung nötigen Preise verständlich macht. Der alleinige Preis als Grundlage des Kaufentscheidendes wird dabei in den Kontext der Bedürfnisse nach Gesundheit und Nachhaltigkeit sowie der zu erläuternden Produktionsbedingungen gestellt.

Vier Hauptziele

1. Nutzungsorientierung durch Regelkreis Produktion-Konsum
2. Ökonomische Effizienz und Bedürfnisgerechtigkeit/Qualität durch flache Strukturen
3. Vermittlung von Preis/Leistung/Qualität durch Transparenz in Produktion und Verarbeitung
4. Verlagerung des primären Handlungsobjekts von der industriellen Verarbeitung / Verteilung zurück zur primären landwirtschaftlichen Produktion: *Bildung eines Handlungszentrums*/Dienstleistungseinheit (Service-Pool) in der Hand der landwirtschaftlichen Produktion

*

Das Konzept wurde an der Expoagricole in Murten erläutert und in SVIL-Schrift Nr. 139, November 2002, bereits vorgestellt und wird nachfolgend in den Hauptpunkten zusammengefasst.

1. Verstärkte Bedarfs- und Nutzungsorientierung durch Regelkreis Produktion—Konsum

Die Konkurrenzierung über den Preis ist ein Grundcharakteristikum der auf den Kapitalertrag orientierten Erwerbswirtschaft. Im Bereich der Landwirtschaft und der Ernährungswirtschaft sind die damit verschärften Konflikte mit den Standards der Qualität lebender Stoffe verbunden. Dieser Konflikt ist seit Beginn der erwerbswirtschaftlichen Wirtschaftsweise hervorgetreten.

Die Preiskonkurrenz, welche zu Lasten der Qualität erfolgt, kann mit staatlichen Mitteln nur beschränkt reguliert werden. Diese Argumentation nutzt sich mit der Zeit ab. Der laufende Liberalisierungstrend will vermehrt staatliche Regulierungen beseitigen oder durch andere Regulierungen ersetzen, die im Interesse der Anleger, jedoch nicht der Produzenten und Konsumenten liegen, und treibt mangels anderer Wachstumspotentiale die dezentral auf der Fläche angestammten Rohstoffproduzenten preislich in die Enge. Zur Zeit wird der Nutzungszusammenhang Produktion — Konsum laufend angegriffen durch die Dualität von Industrielogik kontra regionale Kreisläufe. Damit wird der Regelkreis zur Kommunikation von Preis/Leistung von aussen permanent bedrängt und in seiner Entwicklung bedürfnisgerechten Entwicklung behindert.

In dieser Situation kann die Landwirtschaft nur den *Trumpf der Bedarfsorientierungs* spielen. Lebensmittel werden aus einem vitalen Bedürfnis heraus genossen. Das unterscheidet sie von der Industrieproduktion. Diese "*Erfolgseigenschaft*" der nicht veränderbaren körperlichen Bedürfnisse muss durch den ebenfalls mit der Natur arbeitenden Produzenten *genutzt* werden.

2. Flache Strukturen

Die bisherige staatliche Regulierung der Landwirtschaft und die geschützte Lage für die Nahrungsmittelindustrie hat bisher die Bildung grosser Verarbeitungs- und Verteilstrukturen mit oligopolistischen Zügen favorisiert. Das begünstigte einen gewissen Immobilismus und verstärkt den Trend, das Kostenproblem durch Taylorisierung zu lösen. Das entspricht zudem der industriellen Tendenz, sich die Wertschöpfung durch ständig zusätzliche Verarbeitungsleistungen zu sichern.

Als negatives Beispiel sind die Betriebszusammenschlüsse und der Zentralisierung der Milchverarbeitung unter dem Argument der Preiskonkurrenz als Massenprodukt zu nennen. Den flachen Strukturen entsprechen: die Favorisierung der *Regionalität*, der *Originalität*, der *Nähe*, der *Frische* etc..

3. Preisgestaltung aufgrund nachvollziehbarer Wertschöpfungs- und Qualitätskriterien

In der aktuellen Situation wirkt die Preiskonkurrenz von den Absatzpreisen her. Das heisst, der Konsument kauft das billigste Produkt. Dies führt zu einem Druck auf den Endpreis, der nun intern in der Wertschöpfungskette an den am schwächsten organisierten Rohstoffproduzenten weitergegeben wird. Der Rohstoffproduzent steht unter dem grössten Druck, seine Preise und damit auch seine Produktionskosten zu senken. Seine Produktionsumgebung ist jedoch viel stärker als bei der Industrie direkt durch die Natur bestimmt. Hier muss die Verarbeitungsindustrie überlegen, ob sie den Preisdruck unbeschränkt so einseitig zurück an die Rohstoffproduzenten weitergeben kann. Es stellt sich die Frage, wann der Rohstoffproduzent dieses Preisproblem nicht mehr lösen kann und er als Rohstofflieferant aus der Wertschöpfungs-

kette fällt. Wenn überdies an der gegenüberliegenden Absatzfront der Endpreis nicht mehr gesenkt werden kann trotz Kostensenkung der Rohstoffpreise, dann muss auch die Industrie hier umdenken, denn die Preiskonkurrenz an der Absatzfront geht ja weiter. Die bisherige Methode der Industrie, das Einkommensproblem durch ständig erweiterte Zufügung von Werten zu lösen (convenience im Ernährungsbereich) gerät trotz Marketing früher oder später ebenfalls an Grenzen der Markenkonzurrenz. Wie will man dann noch höhere Konsumentenpreise begründen, wenn man den Rohstoffproduzenten letztlich unkenntlich gemacht hat. An die verarbeiteten Produkte können nicht beliebig weitere Dienstleistungen gehängt werden, um die eigene Stellung in der Auseinandersetzung um Anteile am Konsumentenfranken innerhalb der Wertschöpfungskette zu führen. Auch zur Rechtfertigung eines höheren Preises beim Konsumenten, können nicht ständig weitere Verarbeitungswerte hinzugefügt werden. Dagegen spricht die Preiskonkurrenz auch bei den verarbeiteten Produkten wie auch die höhere Sensibilisierung der Konsumenten bezüglich des ökologischen Wertes, der Regionalität der Lebensmittel und deren Kosten auf der Ebene des Steuerzahlers.

Denn die heute schwierig zu kommunizierende Gesamtsituation entsteht dadurch, dass die Konsumentenpreise nicht abnehmen, wogegen die Wertschöpfung der Bauern um 2 Mrd. Franken zurückgegangen ist und die Subventionen des Staates jedoch zugenommen haben.

Diese Unübersichtlichkeit verlangt nach nachvollziehbaren Wertschöpfungs- und Qualitätskriterien:

Die Produzenten kommunizieren die Wertschöpfung mittels Marketing von der Produktion der Lebensmittel, über die Verarbeitung/Verteilung bis zu den Konsumenten als transparenten Prozess:

a) Preistransparenz: Der Service-Pool in den Händen der Produzenten sorgt für Preistransparenz bis zum Konsumenten.

b) Qualitätstransparenz: Der Produzenten-pool sorgt für eine Offenlegung von Preis/Leistung; anstatt der aufwendigen Kontrolle "hinter den Kulissen" hat die Offenlegung der Wertschöpfungskette zugleich die Aufgabe dem Konsumenten die Wahrheit der Produktion und damit genau jene Information zu geben, die er für seinen Appetit und seinen Kaufentscheid braucht.

c) eine neue Form der Kooperation zwischen Bauern und Verarbeitern/Verteilern ist notwendig. Die bisherige Sicht „Ihr produziert Rohstoffe — wir (die Industrie) kümmern uns um den Absatz“ ist immer noch altes Denken der traditionell/staatlichen Agrarpolitik.

4. Gestaltung einer Dienstleistungseinheit (Service-Pool) im Auftrag der Produzenten und im Interesse und zum Nutzen der Konsumenten

Ein Informationsregelkreis Produktion — Konsum — Produktion kann nur in Gang kommen, wenn die Produzenten die Initiative ergreifen und den Prozess bis zum Absatz an den Konsumenten verantwortlich leiten. Geld für Basismarketing, das nicht direkt an die Produkte gebunden ist, verpufft. Beispiel: mit den Spezialitätenläden im Zusammenhang mit dem urbanen Wandel verschwindet ein Absatzkanal für den Schweizer Käse in der EU. Warum kommt diese Information nicht zu den Produzenten? Warum diskutieren wir das nicht unter den Produzenten?

Die Verarbeiter/Verteiler regieren anders; sie benutzen den Einbruch des Exports, um den Rohstoffpreis in der Schweiz zu drücken. Sie können auch mit dem Import Geld verdienen....

*

Überwinden der dualen Welt:
Für mehr Bedürfnisorientierung *anstatt* Industrie-

verarbeitungslogik und reine Preiskonkurrenz.

Zur Zeit wird der Nutzungszusammenhang Produktion — Konsum laufend angegriffen durch die Dualität von Industrielogik kontra regionale Kreisläufe. Damit wird der Regelkreis zur Kommunikation von Preis/Leistung von aussen permanent negiert und an seiner Entstehung und Entwicklung gehindert.

Die kostendeckende Preisbildung in der nahen Region einerseits und die regionsfremden Produktionsbedingungen des Importes mit unter anderen Standards zustande gekommenen Preisen andererseits müssen für den Konsumenten in ein verständliches Verhältnis gesetzt werden, um den Preis als einziges Kriterium des Kaufentscheidendes mit weiteren Informationen zu ergänzen. Das bedingt folgende Massnahmen:

- a) Organisatorischer Zusammenschluss aller Produzenten bezüglich Vermarktung und Verkauf;
- b) Die Produzenten betreiben von ihren Produktionsbedingungen aus das Marketing unter Einschluss der verarbeiteten Produkte bis zum Konsumenten.
- c) Ein durch den Service-Pool professionell betriebenes Marketing mit Regelkreis 'Produktion — Konsum — Produktion' grenzt das industrielle Massenprodukt im Lebensmittelbereich und den Import mit den Methoden des Marketings — ohne den Wettbewerb zu verzerren — aus.

Die kostendeckende Preisbildung und die damit verbundenen Leistungen der regional strukturierten Lebensmittelversorgung müssen dem Konsumenten verständlich gemacht werden gegenüber den unter regionsfremden Produktionsbedingungen sowie unter anderen Standards zustande gekommenen Preisen.

HB

Zur Gewässerrenaturierung

Renaturierung oder Rekultivierung — eine Gedankenskizze

Die Schweiz hat mit Abstand am wenigsten Kulturland pro Einwohner, im europäischen Massstab und auch weltweit. Der ökologische Fussabdruck geht somit, was allein die Ernährung anbelangt, weit über die Landesfläche hinaus. In dem Masse, wie nun die Agrarreform zu einer Extensivierung der Landwirtschaft und zu einem Rückzug aus der Fläche geführt hat, vergrössert sich der ökologische Fussabdruck im Bereich der Ernährung der Schweiz ausserhalb ihres Lebensraumes zusätzlich.

Im Landesinneren gelingt es kaum, den fortschreitenden Kulturlandverlust in einem Gesamtzusammenhang zu sehen. Je schwächer die Wirtschaft angeblich wird, umso wichtiger scheint der Beitrag des Immobiliensektors plus Einwanderung zum volkswirtschaftlichen Wachstum zu sein.

In dieser Situation geniessen nun die naturschützerischen Forderungen nach Renaturierung der Fliessgewässer in der Schweiz, welche namhafte Ausweitungen auf Kosten von ertragsstarkem Kulturland — also Fruchtfolgeflächen — beinhalten, ein starkes Echo. Eigentlich müsste man fordern, dass, bevor nun ein weiterer Flächenverlust des Landwirtschaftslandes zu Gunsten der Flussaufweitungen in Angriff genommen wird, zuerst die Frage der Sicherung der Fruchtfolgeflächen geklärt sein müsste. Es geht um den Zusammenhang und das Zusammenwirken des Natur- und Kulturräumens als Lebensgrundlage des Menschen als Ganzes.

Diese Sicht fehlt auch bei den Vorschlägen zu den Gewässerrenaturierungen. Die — wie beanstandet wird — auf wenig Raum eingeschränkten Gewässer sollen auf einen erweiterten Fliessbereich ausgedehnt

werden. Damit soll der Natur etwas mehr Raum „zurückgegeben“ werden. Diese Schutzüberlegungen begreifen die Natur nur als etwas Partielles, den Fluss als „ein Stück Natur“ im menschlichen Zivilisationsgebiet.

Dieser Sicht halten wir entgegen, dass der Naturprozess im Bereich Boden/Wasser einen Erosionsprozess darstellt, innerhalb dem der Mensch, um zu überleben, sich durch die Organisation dieser Elemente einrichten muss. Der Kulturprozess besteht also seit der Entstehung der Hochkulturen darin, diese Naturkräfte so zu stabilisieren, dass die Erosion nicht ständig die Landwirtschaft beeinträchtigt. Somit versucht der Mensch, das Wasser, das Geschiebe und die Topografie so zu nutzen, dass er das Wasser gezielt vom landwirtschaftlich und siedlungsmässig genutzten Talboden abzugrenzen versucht. Gleichzeitig nutzt er das Wasser als Transportmittel für Geschiebe und düngende Feinstoffe, zur Bewässerung in Trockenperioden, als Transportweg für Güter etc.. Dabei lernt er auch den Zusammenhang zwischen Geschiebemanagement und Hochwasser zu handhaben.

Ökologisch und nachhaltig ist ein Konzept dann, wenn all diese Aspekte möglichst nachhaltig und im Sinne einer langfristig gesicherten Erweiterung der menschlichen Lebensgrundlage im komplexen Zusammenwirken eines grösseren Raumes kombiniert sind.

Es geht also nicht darum, in den heutigen Agglomerationsraum einfach Breschen zu schlagen und diese als ökologische Massnahme zu deklarieren. Eine „Durchgrünung“ des Mittellandes mittels der renaturierten Flussläufe mit hohem Erholungswert ist dem Immobilienprospekt nachempfunden und geniesst deshalb auch die Unterstützung jener, die von den Fruchtfolgeflächen nichts wissen wollen. Umsomehr ist der Geschäftssinn geschärft für den Freizeitwert der Wohnumgebung, der die Immobilienpreise günstig beeinflusst.

Mit Ökologie hat dieses Interesse an "der Natur" nicht viel zu tun. Es geht zu viel bestes Kulturland dabei verloren. Die Problematik des Geschiebes und des Hochwassers ist nicht gelöst. Teure Unterhaltungsmaßnahmen werden durch die erhöhte Gewässerdynamik ausgelöst, die rein defensiven Charakter haben und ohne jeden Gegenwert nur die öffentlichen Budgets zunehmend belasten werden. Es müssten also fortan ständig Mittel aufgewendet werden, um den Erosionsprozess der aufgeweiteten Flüsse unter Kontrolle zu halten, anstatt dass man diesen Aufwand für eine funktionale Kombination von Geschiebemanagement und Kulturlandbildung beispielsweise mittels der sehr nachhaltigen Kolmatierungstechnik verwenden würde.

Die Feinstoffe in den Gewässern zur Düngung der landwirtschaftlichen Böden oder zur Verbesserung von Kulturböden bleiben ungenutzt.

Die „Bresche“ der propagierten Flussaufweitungen stellt aber auch ein riskantes Leck an den Grundwasserleitern dar, indem die Filterwirkung der aufgeschwemmten Böden stark beeinträchtigt bzw. beseitigt wird. Damit ist in Bezug auf eine notwendige Verbesserung der Wasserversorgung gerade das Gegenteil erreicht.

Zweifellos ist die Agglomerationsbildung durch die nicht nachhaltige Verwendung nicht erneuerbarer Rohstoffe vor allem durch den Verkehr, den Überkonsum aufgrund der globalen Versorgung und durch eine übertriebene Bautätigkeit und Zuwanderung gekennzeichnet. Dass die Landwirtschaft als Erste unter dem Argument der ökologischen Reform beseitigt wird, um in diesem Wettkampf um den Boden der Metropole besser Platz zu machen, kann nicht der Weg zu einem nachhaltigen Lebensraum sein.

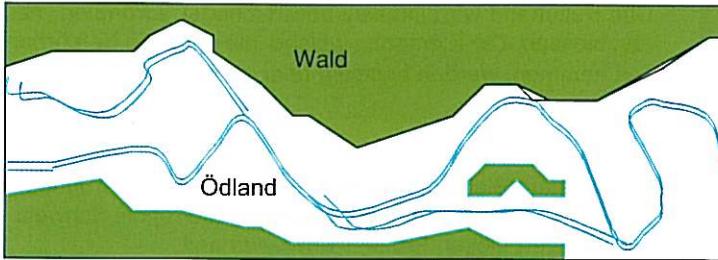
Deshalb sind die Flussaufweitungen keine Lösung zur notwendigen Ökologisierung unseres Lebensraumes. Der Weg geht nur über eine ganzheitliche Ressourcen-

bewirtschaftung. Die in der SVIL-Schrift Nr. 135 gemachte Unterscheidung in erneuerbare und nichterneuerbare Ressourcen zur Beurteilung der Nachhaltigkeit ist das grundlegende Kriterium. Daraus kann abgeleitet werden, wie ein Kultur- oder Lebensraum nachhaltig betrieben werden kann. Aus diesem Kontext ergibt sich auch aus der wasserbaulichen Perspektive die Weiterentwicklung der Kolmatierung als nachhaltige Praxis der geschichtlichen Urbanisierung der Talböden. Zu lösen sind diese Zielsetzungen allein durch die Mittel der Gesamtmelioration — ein Begriff, der nur deshalb etwas belastet war, weil auch die Gesamtmelioration davon abhängt, ob sich das politische und wirtschaftliche Umfeld zur Nachhaltigkeit bekennt.

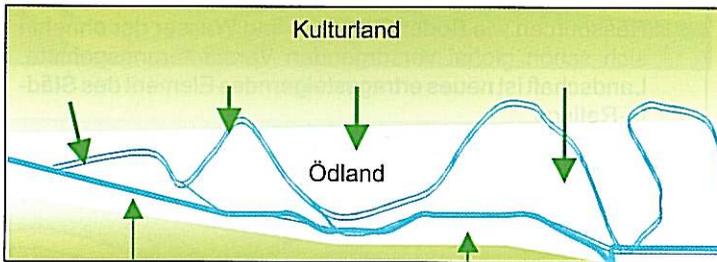
Zur Flussrenaturierung

Renaturierung oder Rekultivierung — eine Gedankenskizze

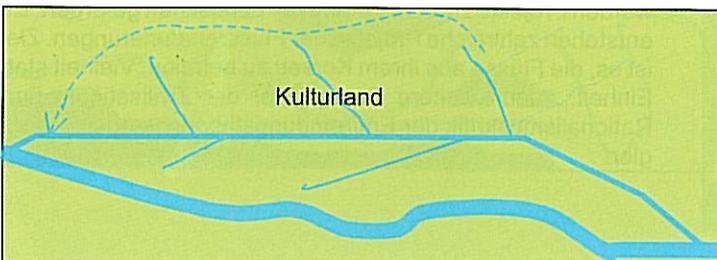
Historische Dimension



- 1 Mäandrierende Flusslandschaft, vorgeschichtliches Ödland. Ein Kulturboden kann sich aufgrund des natürlichen Erosionsprozesses und des chaotischen Naturgeschehens nicht entwickeln.



- 2 Rodung der Wälder und Umwandlung in Kulturland; Anschließend ab dem 16. Jh. Kultivierung der Ruderalflächen mittels der durch die Klöster aus Italien übernommenen Kolmatierungsmelioration. Das Kulturland in den Talböden wird von den geschichtlich älteren Rodungsflächen von den stabileren Hangfussbereichen her kultiviert. Die Kulturlandgewinnung durch Rodung geschieht individueller. Die Urbarmachung der Talböden braucht mehr Aufwand, die Regulierung der Gewässer und ein höheres Mass der gesellschaftlichen Organisation.

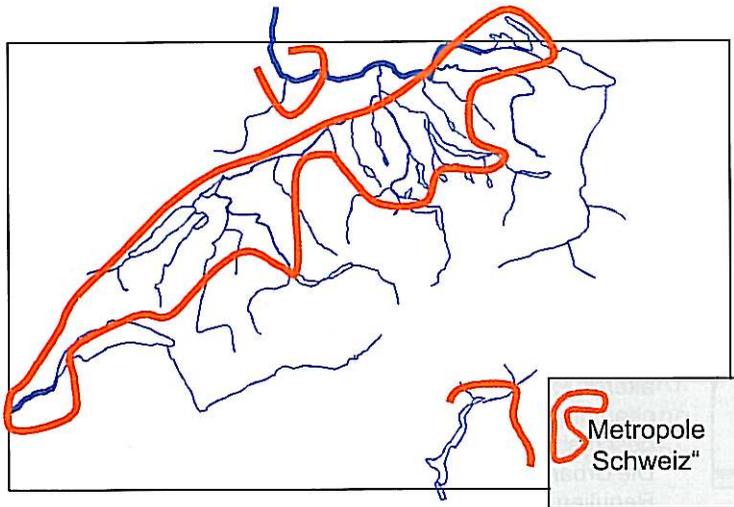


- 3 Kolmatierungstechnik: mittels einem weit verzweigten Wassergrabensystem werden die Geschiebe- und Feinstoffteile zur Auflandung mit rotierenden Wasserackerbereichen verteilt.

Kritik und Reformbedarf



- 4 Der Erfolg der Kolmatierung und die fortschreitende Mechanisierung sowie der zur Verfügung stehende Mineraldünger lassen das Interesse an der ganzen Meliorationstechnik schwinden und in Vergessenheit geraten. Die althergebrachten Wühr- und Wässerungssysteme zerfallen. Das Kulturland wird intensiv bewirtschaftet, arrondiert, neu erschlossen. Die Elemente, welche die optimale Befahrbarkeit hemmen, werden beseitigt oder zerfallen.

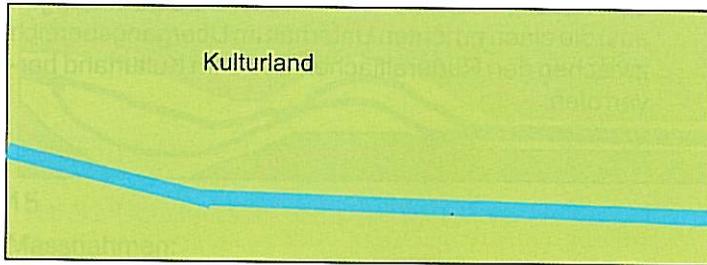


- 5 Das weitere Siedlungswachstum und der damit verbundene Ressourcenverbrauch (Wasser) der Metropole Schweiz thematisiert diesen Prozess am Kulturland. Den Flüssen ist im Zersiedelungsprozess der Schweiz eine optische Gliederungsfunktion auch zur Akzentuierung von Landschaftsräumen zugeordnet. Die Landwirtschaft wird zum Konkurrenten um natürliche Ressourcen wie Boden/Freiraum und Wasser der ohnehin schon global versorgenden Verstädterungsgebiete. Landschaft ist neues ertragssteigerndes Element des Städte-Ratings.

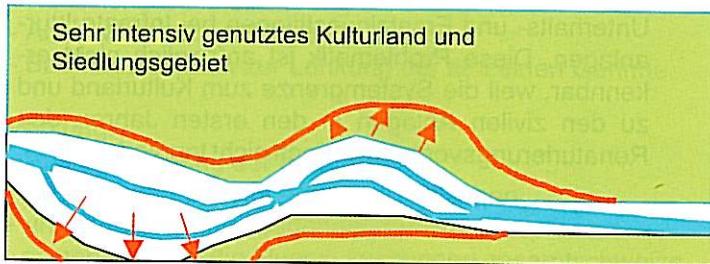


- 6 Als Folge dieses Wandels zur Dienstleistungsgesellschaft werden Projekte zur Aufwertung der Landschaft gefördert. Es entstehen zahlreiche Projekte der Flussrenaturierungen. Ziel ist es, die Flüsse aus ihrem Korsett zu befreien. Vielheit statt Einheit... und weitere Denkmuster der Zivilisations- und Rationalismuskritik der Entfremdungstheorie werden propagiert.

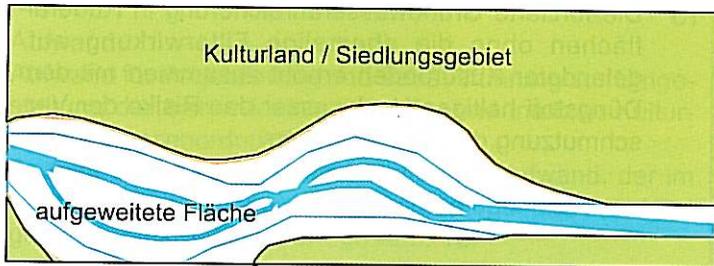
Die Renaturierung und die ihr zu Grunde liegenden Wirkkräfte



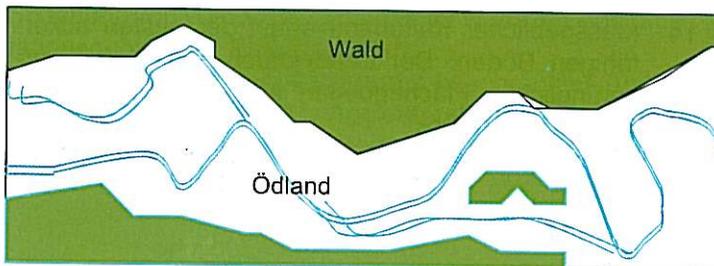
- 7 Die Landschaft wird nach dem alleinigen Kriterium der mechanischen Bewirtschaftung und des fortschreitenden Arbeitskräftemangels umgestaltet, was als Verödung bemerkt wird. Eine Neuorientierung ist notwendig zur Stabilisierung und Erhaltung der bisherigen kulturtechnischen Systeme.



- 8 Die künstlich eingeleitete Renaturierung befreit den Attraktor des Erosionsgeschehens. Der Entropieprozess tendiert zur prähistorischen Erosionslandschaft zurück — also zur Zeit vor den kulturtechnischen Eingriffen der Menschen. Zusätzlich zu den renaturierten Flächen entstehen als Folge dieses Gefälles laufend neue und bisher unterschätzte Konflikt- bzw. Erosionszonen.

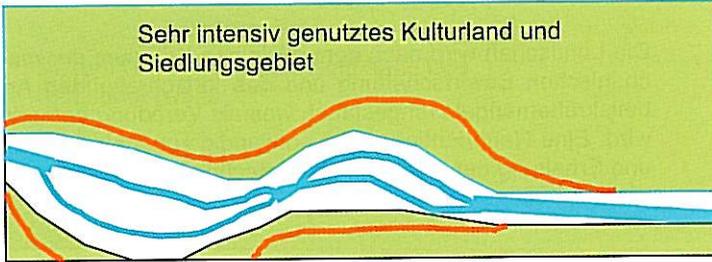


- 9 Damit dehnt sich das nicht produktive Gebiet wieder aus und tendiert zum ursprünglichen Zustand zurück.

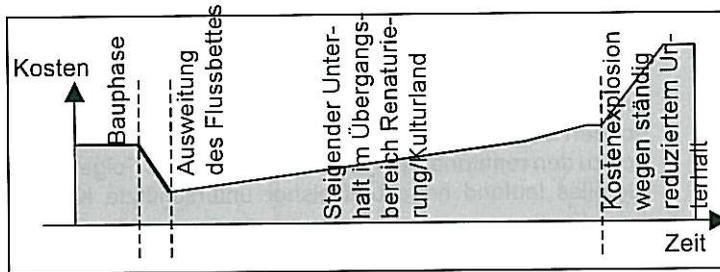


- 10 Zum Vergleich — Die Ausdehnung der prähistorischen Flusslandschaften in unseren Talebenen.

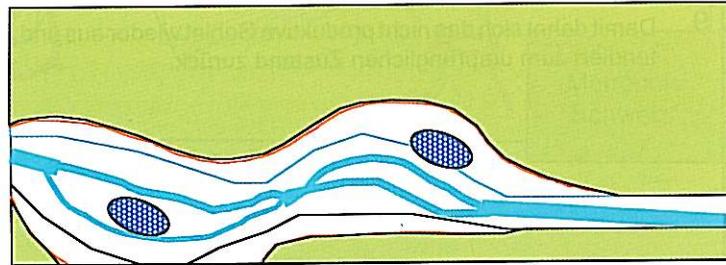
Einzelne Konflikte



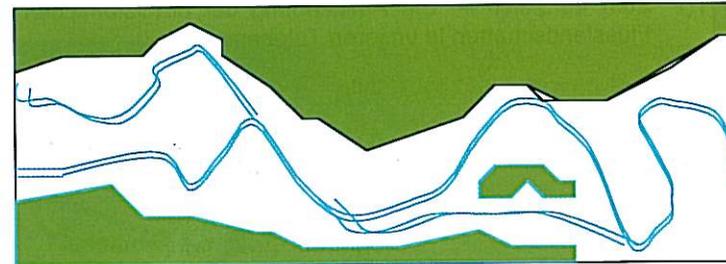
- 11 Die aktiven baulichen Massnahmen zur Renaturierung des Fließgewässers lösen weitere Folgewirkungen aus, die einen erhöhten Unterhalt im Übergangsbereich zwischen den Ruderalflächen und dem Kulturland hervorrufen.



- 12 Das Objekt unterliegt den finanziellen Gesetzen von Unterhalts- und Ersatzinvestitionen bei Infrastrukturanlagen. Diese Problematik ist anfänglich nicht erkennbar, weil die Systemgrenze zum Kulturland und zu den zivilen Anlagen in den ersten Jahren des Renaturierungsvorganges noch nicht tangiert werden.

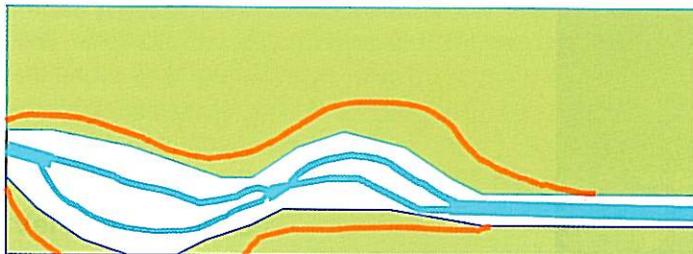


- 13 Die forcierte Grundwasseranreicherung in Ruderalflächen ohne die ehemalige Filterwirkung aufgelandeter Kulturböden erhöht zusammen mit dem Düngstoffhaltigen Hochwasser das Risiko der Verschmutzung des Grundwassers



- 14 Massgeblicher Kulturlandverlust der besten ackerfähigen Böden: Der Landverlust tendiert zum ursprünglichen Flächenbedarf eines frei fließenden Gewässers zurück.

Renaturierungsvorschlag



15

Massnahmen:

Renaturierung durch

- Künstliche Destabilisierung der Flussufer
- Abschwemmen der Kulturerde
- Baumassnahmen zur Lenkung der einzelnen Gerinne

Wirkung:

- Abschwemmung der Kulturerde
- Ausdehnung der Ruderal- und Ödflächen
- unkontrolliert sich ausdehnender Erosionsprozess
- es gehen durch die Flussaufweitungen gesamtschweizerisch nach grober Schätzung ca. 50'000 ha FFF verloren.

Aufwand:

Aufwand für Projektierung und Bauausführung zur Umgestaltung der bisher festen Flussufer und intakten Kulturböden Grössenordnung Fr. 10'000.-/ha.

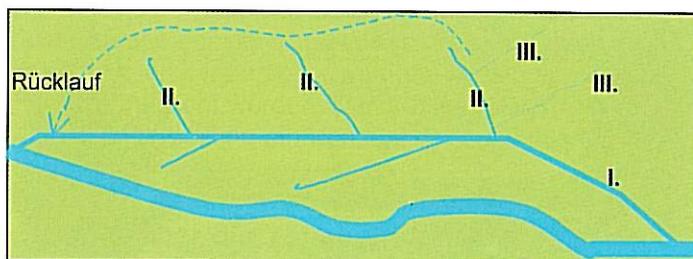
Es folgt ein grosser baulicher Unterhaltsaufwand, der im Laufe der Zeit sich zu grossen Sanierungs- und Problemgebieten ausweiten wird. Vgl. Abb. 12.

Ertrag:

Schaffung von Wildlandschaften in der Nähe der Agglomerationsgebiete mit Erholungswert;

Schaffung von Ruderalflächen mit beschränkter Bedeutung für die Artenvielfalt in Agglomerationsgrossräumen. Grösserer Fliessquerschnitt, Beitrag zur Hochwasserentlastung.

Rekultivierungsvorschlag SVIL



16

Massnahmen:

Reorganisation der Hochwasserentlastung durch Reaktivierung der alten Kanalsysteme mit Primär-, Sekundärwässerläufen und Tertiärgräben als Feinverteiler.

Wirkung:

Einbeziehen von Kulturland und vor allem der bestehenden Auenwälder

- bessere Verteilung des Geschiebes und der Feinstoffe auf diese Böden;
- Beitrag zur risikolosen Grundwasseranreicherung unter Nutzung der Filterwirkung der Kultur- und Waldböden
- Rekolmatierung der Ackerböden mittels Rotationssystem.
- Düngung und Kolmatierung der Ackerböden durch Feinstoffe des Flusswassers anstatt mit Mineraldüngern.

Aufwand:

Um ein solches System zu betreiben ist ein etwas höherer landwirtschaftlicher Arbeitskraftaufwand erforderlich; ca. Fr. 1000.-/ha und Jahr. Der bauliche Erstellungsaufwand für das gesamte Graben- und Schleusensystem liegt in der Grössenordnung von 9'000.- /ha.

Ertrag:

Kulturfläche, gute Ackerböden bleiben erhalten;

Erosionsprobleme: keine;

Hochwasserprobleme: massiv gesenkt;

Grundwasseranreicherung: optimal;

Fruchtbarkeit und Ertragskraft der Kulturböden: sehr gut;

langfristige nachhaltige Bodenfruchtbarkeit;

Erholungswert der Landschaft gewährleistet.



Wässerkanalsystem der Kolmatierung in der Talebene des Domleschg (GR)

Beispiel Integralmelioration Domleschg mit Kolmatierung des Talbodens

Die Kolmatierung, das heisst die Überdeckung steinigen Bodens mit einer Feinerdeschicht, ist in der Schweiz aussergewöhnlich. Im Auftrag des Kleinen Rates des Kantons Graubünden projektierte die SVIL die "Integralmelioration Domleschg". Einen wesentlichen Bestandteil bildete die Verbesserung des mageren Talbodens mit Schlamm der Nolla. So wurden im Laufe der Jahre 261 ha neues Kulturland gewonnen. Die Durchführung des Projektes beschäftigte die SVIL von 1942 bis 1945.

HB

85. Hauptversammlung

Vereinsgeschäfte

Die 85. Hauptversammlung der SVIL fand am 17. November 2003 in Zürich im Hauptbahnhof Au Premier statt.

Die Tätigkeit der Geschäftsstelle und die finanzielle Situation sind trotz rauem Umfeld in einem befriedigenden Zustand. Die Statuten der SVIL sehen vor, sich für die rationelle Nutzung des Schweizer Bodens einzusetzen; eine Aufgabe, die nichts an Aktualität verloren hat, auch wenn sich die Herausforderung heute ganz anders stellt.

Die SVIL als gemeinnützige Vereinigung beruht auf dem Zusammenwirken aus ideellem Engagement und unternehmerisch - praktischer Tätigkeit. Letztere agiert im wirtschaftlichen Umfeld und hat diesen Ansprüchen zu genügen. Aus der praktischen Tätigkeit ergeben sich wichtige Anstösse, die den Verein betreffen.

Die SVIL hat unter der Dreier-Präsidentschaft von Rolf Gerber, Urs Bollhalder und Walter Zwingli seit 1998 ein weiteres Wegstück zurückgelegt. Urs Bollhalder sowie Dr. Walter Zwingli sind aus dem Vorstand zurückgetreten. Nach fünf Jahren ist auch im Präsidium ein Zwischenhalt angebracht. Rolf Gerber hat als Präsident seinen Rücktritt eingereicht.

Die Versammlung hat Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2002 abgenommen und dem Vorstand der SVIL Entlastung erteilt.

Wahlen 2003

Zur Wiederwahl in den Vorstand wurden gemäss unveränderter Traktandenliste vorgeschlagen und bestätigt die bisherigen Rolf Gerber, Willi Gerber, Pankraz Freitag, Robert Ober und Dr. Fredi Wittenwiler. Zusätzlich in den Vorstand der SVIL wurde Hans Bieri gewählt.

Die Revisoren Dr. E.M. Laur und Dr. P. Reinhard, beide bisher, wurden bestätigt.

Der Vorsitz im Vorstand der SVIL wurde Hans Bieri übertragen, der auch die Geschäftsführung innehat. Mit dieser Massnahme soll ein Ausbau der Vereinstätigkeit in enger Koordination mit den beschränkten Mitteln der Geschäftsstelle ermöglicht werden. Der Vorstand legt der nächsten Hauptversammlung ein Konzept der zukünftigen Vereinstätigkeit vor.

Bericht über die Tätigkeit der Geschäftsstelle

Im Berichtsjahr 2002 stand der Ausbau Transitgasleitung im Gebiet Wallbach (AG) und von Däniken (SO) bis Ruswil (LU) sowie die Neubaustrecke von Rodersdorf (SO) bis Lostorf (SO) im Vordergrund.

Mit einer parallel geführten Zuleitung von Deutschland her über den Rhein und mit einer zusätzlichen Leitung von Besançon herkommend ist das kleine Territorium der Schweiz somit optimal erschlossen. Zu verdanken ist dies der Weitsicht der SWISSGAS AG und der TRANSITGAS AG. Zu verdanken ist es aber auch der italienischen Eni, welche diese Route entlang der Rheinschiene durch die Schweiz nach Oberitalien mitten im kontinentaleuropäischen Agglomerationsgürtel favorisiert hat.

Die TRANSITGAS AG als Eigentümerin des Gastransportnetzes in der Schweiz besteht aus drei Aktionären, nämlich aus der schweizerischen SWISSGAS AG, die 51% der Aktienkapitals hält, der Eni International BV mit Sitz in Amsterdam mit 46% des Aktienkapitals, sowie der deutschen Ruhrgas AG in Essen mit 3%. Die SWISSGAS kauft international und organisiert die Verteilung des Gasverbrauches in der Schweiz. Die TRANSITGAS AG ist die Eigentümerin desjenigen Abschnittes des europäischen Erdgastransportnetzes, welches die Schweiz transitiert.

Die SVIL hat all diese Jahre den Bereich Land und Rechte betreut. Die Treuhänderfunktion, welche die Stellung der SVIL zwischen Bauprozess und Grundeigentümer/Bewirtschafter auszufüllen hatte, wurde weiter akzentuiert durch unsere Stellung zwischen unterschiedlichen Unternehmenskulturen und unterschiedlichen Sprachen. Unsere Arbeit bestand darin, bei den Grundeigentümern

und Bewirtschaftern die Durchleitungsrechte zu erwerben. Wir haben Vorschläge zum Dienstbarkeitsvertrag gemacht, an den Einspracheverhandlungen teilgenommen und Eini-gungsvorschläge erarbeitet. Wo bereits Leitungen verlegt waren, kamen auch Altschäden im Bodenbereich zur Sprache, die ebenfalls vorgängig geregelt und saniert werden mussten. Die Querung der Landschaft mit einer Rohrleitung dieser Ausmasse mit einem Rohrdurchmesser bis zu 1,20 m bei den Abschnitten mit 48" hatte während dem Bau auch weit reichende Eingriffe in die landwirtschaftliche Nutzung zur Folge. Damit kam unser ganzes Wissen und unsere praktische Erfahrung vom Bereich des landwirtschaftlichen Hochbaus, der meliorationstechnischen und betriebswirtschaftlichen Kenntnisse bis zu Tiefbau und sogar Raumplanung zur Anwendung. Was rein auftragsbezogen als Klumpenrisiko hätte angesehen werden können, war in der Tat eine höchst vielseitige Aufgabe, die den Einsatz all unserer Fachbereiche erforderte. Zu erwähnen sind Gebäudeschätzungen, Vergleichsprojekte, Beurteilung von Aussiedlungsstandorten, Bearbeitung der Drainagenetze, Wasserversorgungen, Wegebau, Belange der Vermarktung und Vermessung, Betriebsumstellungen während der Bauzeit, Rekultivierungen und Bodenverbesserungen, neben den Dienstbarkeitsverträgen für die Rohranlagen auch das Aushandeln von Baurechts- sowie Landkaufverträgen und vieles mehr. In einigen Abschnitten dauerte auch die reine Bauzeit mit offenem Graben mehr als 2 Jahre, was zu Bewirtschaftungseinschränkungen führte und viel Geschick im Umgang mit der Bauseite und den Eigentümern/Bewirtschaftern erforderte. Wir haben dabei immer auch in unterschiedlichen Rollen fungiert und unsere Kenntnisse breit anwenden können.

Bei diesen Arbeiten haben wir die Rechte von etwa 1000 tangierten Landwirtschaftsbetrieben bzw. rund 2000 Parzellen erwerben müssen. Wir haben diese Betriebe vor während und nach der Bauzeit hinsichtlich ihren je eigenen betrieblichen Problemen begleitet.

Im Weiteren beschäftigen uns in der Praxis die folgenden Konfliktpunkte:

- Die Maximierung des Anlagegeschäftes im *Immobilienhandel* und die Maximierung des Anlagegeschäftes im Infrastruktursektor, vornehmlich im *Kommunikations-, Energie- und Transportbereich* beginnen sich zu konkurrenzieren. Wir können in der Schweiz nicht die Produktivität dadurch steigern, dass wir die Quantität des Ausstosses bei nicht erhöhtem Aufwand nochmals erweitern. *Wir müssen einen Weg finden, den inneren Aufwand zu senken. Hier spielt die Energie eine wichtige Rolle. Dabei ist die freie Wahl der Energielieferanten, um die Produktionskosten zu senken, nur ein Aspekt. Wie unsere praktische Tätigkeit zeigt, müssen wir auch die Raumquerungskosten, die in der Folge dieser Liberalisierung in die Höhe schnellen werden, nicht ausser Acht lassen!*

- Das staatstragende Argument des öffentlichen Interesses und die bisherige Hilfsbereitschaft der Grundeigentümer beim Bau von Infrastrukturen, welche durch die Liberalisierung vermehrt das Image eines rein privaten Anlagegeschäftes erhalten werden, werden dadurch abgeschwächt. *Eine effiziente Erweiterung, Ergänzung und Bewirtschaftung der Netze kann in Zukunft erschwert sein.* Auch daraus resultiert für die Schweiz ein wirtschaftlicher Wettbewerbsnachteil, weil ihre Effizienz als Transitland gefährdet und weil der Zugang zu kostengünstigen Infrastrukturleistungen auch im Inland erschwert würde.

- Die politische Bereitschaft, den getrennten Bodenmarkt zu Gunsten der Landwirtschaft beizubehalten, nimmt unter dem Druck der Liberalisierung zunehmend ab. Ebenso sind Perspektiven, den Bodenpreis für die gesamte produzierende Wirtschaft zu beschränken, aus Sicht der Deregulierung keine tragfähigen Postulate mehr. Durch eine dadurch wieder ungehinderte Bodenpreissteigerung verschlechtern sich die Produktionsbedingungen auch für die produktive Wirtschaft in Zukunft zusätzlich.

- Wie soll in Zukunft Boden beansprucht werden, wenn das öffentliche Interesse nicht mehr klar greifbar ist und die Grundeigentümer den „Konzessionär“ einer wirtschaftlichen

und eigentums politischen Entwicklung zurechnen könnten, die ihre ökonomische Schlechterstellung bewirkt? Es soll nach der Auffassung gewisser *Deregulierungskreise der private Akteur A mit einem Enteignungsrecht gegenüber dem anderen privaten Akteur B ausgerüstet werden*. Das ist kaum durchführbar.

Das Enteignungsgesetz erlaubt die Enteignung im öffentlichen Interesse für öffentliche und private Werkträger. Als Voraussetzung der Enteignung müssen jedoch die beabsichtigte Nutzung, die im öffentlichen Interesse liegen muss, die Ausdehnung des Werkes, sowie die Dauer der Dienstbarkeit genau umschrieben sein. Wenn nun generell „free access“ verlangt wird, so ändert das grundlegend die Rahmenbedingungen, unter denen einst der Dienstbarkeitsvertrag ausgehandelt wurde. Frei zirkulierende Interessenträger, die bislang andere Geschäfte betrieben haben und an den zur Debatte stehenden Rechtsgeschäften zwischen Werkträger und Grundeigentümer nicht teilgenommen haben und auch nicht Rechtsnachfolger der bisherigen Werkeigentümer sind, verlangen nun im Zusammenhang mit dem „Unbundling“ Zugriff auf durch dritte Geschäftspartner (Grundeigentümer und Werkeigentümer) ausgehandelte bestehende Infrastrukturen. Der Grundeigentümer bekommt den Eindruck, dass er dazu gedrängt wird, Grundeigentümerrechte an Dritte abzutreten, mit denen er nie etwas zu tun gehabt hat, *ohne mehr rechtliches Gehör zu bekommen*. Die Konfliktsproblematik ist in milderer Form bezüglich den gemessenen und nicht gemessenen Dienstbarkeiten altbekannt.

Die aufgezeigten Fragen und Konflikte sind durch die Liberalisierung in den Raum gestellt und können die wirtschaftliche Effizienz im Infrastrukturbau, im Versorgungs- und Transitbereich in Zukunft beeinträchtigen.

Es ist ein Faktum, dass der Infrastrukturbau die bestehende Parzellarordnung bei der notwendigen Querung des Raumes durchstösst. Einen solchen Vorgang in einer rein liberal-marktwirtschaftlichen Neuordnung der ökonomischen und rechtlichen Strukturen ablaufen zu lassen, ist nicht gangbar. Besonders dann nicht, wenn der Grundeigentümer geltend macht, an seiner Parzellengrenze gelte

der Markt. Also können Infrastrukturen gar nicht anders als durch eine klare Handlungsanordnung erstellt werden. Und mit dem geeigneten Fachwissen gepaart können dann Methoden gewählt werden, welche die Konflikte deutlich minimieren, um einen technisch und finanziell effizienten Bauablauf zu gewährleisten. Eine kritische Prüfung mit Bezug auf die Praxis zeigt, dass die aus ausländischen Anlegerkreisen propagierten Reformmodelle uns nicht viel nützen; im Gegenteil, sie könnten höchstwahrscheinlich zusätzliche Effizienzverluste bewirken.

um Verhältnis von Netzinfrastrukturen und Ökologie

Ein zweiter kostentreibender Faktor beim Infrastrukturbau ist die „Ökologie“. Projekte der Netzindustrien werden zunehmend durch die öffentliche Hand mit „Auflagen“ versehen, die den Zweck haben, den Eingriff in die Natur, als welchen der Infrastrukturbau gesehen wird, zu kompensieren. Das heisst, die Kosten, den Raum mit einer Anlage zu queren, werden bei den Infrastrukturen erhöht. Das erzeugt in vielen Fällen erhöhte bauliche Umtriebe, die einer Bilanzbetrachtung aus dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit kaum standhalten. Interessant an dieser Art neuer Auflagen ist, dass das Infrastrukturwerk ganz in der verengten Blickrichtung der Anleger als Einzelindustrie begriffen wird und die volkswirtschaftliche Bedeutung von Infrastrukturen, also deren raumquerende und raumsparende Wirkung, völlig unbeachtet bleibt. Nur durch den Organisationsgrad und die organisierte Effizienz können wir die innere Leistungsfähigkeit unseres Wirtschafts- und Lebensraumes erhalten und stärken. Alles andere erhöht die Umtriebe und führt volkswirtschaftlich und ökologisch nur zu feststellbaren Mehrbelastungen.

Wir können bereits feststellen, dass die Mentalität, unser Einkommen rein aus dem Agglomerationsprozess heraus bestreiten zu wollen, ein Wirtschaftsverständnis gefördert hat, das kaum umgesetzt, uns nun vor beinahe unlösbare Probleme stellt. Infrastrukturen sind die Voraussetzung, dass die Wirtschaft Wertschöpfung betreiben kann; sie können nicht selbst ausschliesslich Gegenstand privatwirt-

schaftlicher gewinnorientierter Tätigkeit sein. Sie müssen die Voraussetzungen zur Wertschöpfung schaffen.

*

Märkte und Rahmenbedingungen in der Ernährungs- und Landwirtschaft

Damit kommen wir zum anderen Themenbereich, der uns beschäftigt. Es sind die Rahmenbedingungen der Landwirtschaft. Auch hier wurde viel von Markt geredet und doch ist keine Lösung gefunden. Das empfohlene Betriebsgrössenwachstum als Lösung ist ebenso eine schwierige Lösungsempfehlung wie die verlangte Marktöffnung im Infrastrukturbereich.

Es gibt keine Märkte ohne Rahmenbedingungen. An der Eigentumsfrage sehen wir das deutlich. Es gibt einen Kontext, in welchem das Grundeigentum gehandhabt wird. Jede Landumlegung kommt nicht ohne genossenschaftliche bzw. gemeinschaftliche Strukturen aus. Ebenso ist auch ein Übergang von der staatlich regulierten Marktordnung zu einer Ordnung mit mehr Markt nur über eine neue Struktur von Rahmenbedingungen zu erreichen. Wie sieht eine solche Struktur aus? Das hat uns beschäftigt und wir haben diese Zusammenhänge im Rahmen der *Expoagricole* an verschiedenen Workshops und an drei Symposien präsentiert und diskutiert.

Wir haben im Berichtsjahr uns in allerdings beschränkter Form an der Expo.02 mitbeteiligen können und haben eine Konzeptidee zusammen mit Konsumenten und Produzenten ausgearbeitet. Im laufenden Jahr haben wir unsere Vorschläge nochmals mit zwei Beiträgen, die in der Bauernzeitung und im dlz Agrarmagazin veröffentlicht wurden, publiziert: als Ergänzung zur "Agrarplattform", welche den Margenöffnungsprozess eigentlich ohne erläuternden Kommentar an die Öffentlichkeit brachte.

Ich kann hier nur noch einmal in ganz wenigen Worten das Wesentliche zusammenfassen.

Die Verbesserung von Skalenerträgen durch grössere Einheiten ist ja nur möglich, wenn gleichzeitig Standards der Produktion verschoben bzw. angepasst werden. Weil diese veränderten Standards bei der Kommunikation der

Rationalisierung im Lebensmittelbereich an den Abnehmer und Verbraucher nicht mitgeliefert werden, haben wir einen Konflikt: Konsumenten verlangen billigere Preise, die Verarbeitung rationalisiert ihre Verfahren und die Produzenten können ihr eigenes an Standards gebundenes Qualitätsangebot den Konsumenten immer weniger kommunizieren. Auf der anderen Seite wird dann mehr oder weniger isoliert nach einer Ökologisierung gefragt, entweder beim Produkt, getrennt von den Herstellungsbedingungen, oder aus der Sicht des Städterating — eigentlich völlig von der Ernährungsproduktion getrennt — nach einer Landschaftsästhetik oder nach Umweltparametern wie Gewässer und Luft, die inzwischen durch den Agglomerationsprozess viel stärker konkurrenziert werden. Das führt dazu, dass die Bauern als Rohstoffproduzenten immer anonym werden, dass sie immer mehr der Industrie und den Verteilern untergeordnet sind und den Kontakt zu den Konsumenten nicht herstellen können. Getrennt von ihrem eigentlichen Angebot, gute, gesunde und frische Nahrungsmittel zu liefern, stehen sie unter Kostendruck, der auch bei einer Betriebsvergrösserung nicht nachlässt. Zusätzlich müssen sie ökologische Leistungen erbringen, deren Nachprüfbarkeit unter dem Spardruck das ganze nicht lösbare Problem noch weiter belastet. Der Margenöffnungsprozess, der im Rahmen der Agrarplattform durchgeführt wurde — wir haben über die Agrarplattform an der letzten Hauptversammlung berichtet, — hat gezeigt, dass nicht nur die Bauern bei ihren Frischprodukten nichts verdienen, sondern dass auch die Verteiler den Vertrieb dieser Produkte über den Ladentisch mit einem Minus abschliessen. Nun ist es so, dass, wenn der Grossverteiler den Liter Milch für 2 Franken vermarkten würde, dies mit der hauseigenen Verschöpfung im Verarbeitungs-/Convenience-Bereich in Konflikt käme. Der tiefe Ertrag bei den Frequenzbringern wird nämlich durch höhere Preise bei den verarbeiteten Produkten, die natürlich den bereits weniger nachprüfbareren Markencharakter haben, kompensiert. Man kann dann nur noch fragen, warum sind denn die Markenprodukte der Grossverteiler ennet der Grenze auf einmal billiger? Und warum sind die verarbeiteten Produkte, die in der Schweiz

verkauft werden, immer noch teurer als im Ausland, wenn man den an die einheimischen Bauern bezahlten Produzentenpreis in Abzug bringt?

Letztlich hängt in der Wirtschaft alles zusammen und was wir als Konsumenten ausgeben, muss diejenigen, denen wir die Produkte abkaufen, in die Lage versetzen, ihre Produktion zu wiederholen. Preise stehen immer in einem realen Zusammenhang, wie wir in unserer Volkswirtschaft die Arbeit verteilen. Währungsunterschiede quer über den Globus können nicht durch einzelbetriebliche Rationalisierungen wettgemacht werden. Genau das setzen wir bei den isolierten Forderungen des „free access“ quer über den Globus, den der Konsument angeblich verlange, jedoch voraus. Und gleichzeitig, während wir das voraussetzen und somit gegen jede Regel der Nachhaltigkeit verstossen, wird in unseren Agglomerationen für eine Umweltplanung plädiert, die das alles wieder zum Stimmen bringen soll, was die Wirtschaft hervorrufe, die das zugleich bezahlen soll...

Unser Vorschlag des Service-Pool ist nicht ein Verkaufstrick. Es geht um mehr. Aber es geht auch um einen ersten konkreten Schritt in einem stellenweise noch sehr schwierigen Umfeld. Es steckt darin jedoch die grundlegende Frage der nachhaltigen Wirtschaft.

Der Renditedruck des angelegten Kapitals zwingt jeden Investor und auch den Handel, die Preise auf der Beschaffungsseite permanent zu drücken. Also ist der Konflikt der permanenten Belastung und Verschlechterung der Standards der Rohstoffproduktion ein Phänomen, dem allein durch eine Abgrenzung der BIO-Landwirtschaft von der konventionellen Landwirtschaft nicht beizukommen ist. Denn kaum haben die Bio-Bauern die konventionellen Bauern für ihre Akzeptanz der Marktlogik kritisiert, kommt dieselbe Marktlogik durch die Hintertür und erzwingt die Vergabe von BIO-Labels für Convenience-Produkte. Und sicher hat die BIO-Landwirtschaft das gemacht in der Meinung, die Verarbeitung mit BIO-Produkten sei allemal noch besser als die Verarbeitung mit konventionellen Rohstoffen. Doch diese Sicht ist zu eng. In Bezug auf die Produzentenpreisentwicklung sehen wir, dass die BIO-Landwirtschaft trotz Label, trotz höheren Standards gleichwohl

wieder unter Preisdruck gerät. Und das ist es ja, was die Bauern letztlich an der Beibehaltung hoher Standards hindert. Also kommen die BIO-Bauern in das Dilemma wie gehabt und müssen ihre Standards senken, bzw. sich der Logik der Wertschöpfungskette fügen, wie ehemals die konventionelle Landwirtschaft das tun musste.

Ein Label allein rettet uns nicht. Denn offensichtlich lässt sich ja auch ein BIO-Label wie eine Marke durch die industrielle Verarbeitung gleichsam „privatisieren“. Und um diese Unterwerfung der Standards der bäuerlichen Produktion unter die industrielle Logik der Verarbeitung zu beenden, braucht es eine radikale Veränderung im Marketing und in den Geschäftsbeziehungen, welche **der Qualitätslogik der Bauern und den Bedürfnissen der Konsumenten folgen muss.**

Wir brauchen tatsächlich das Rad nicht neu zu erfinden, die Akteure sind da, das wiederholen wir ständig — auch deutlich gerichtet an die Grossverteiler, die ja weiterhin zwischen Produzenten und Konsumenten bestehen können müssen. Aber es macht keinen Sinn mehr, wenn der Grossverteiler in seinem Preiskampf die bäuerlichen Rohstoffe systematisch unterbewertet und zu einem zu tiefen Preis an- und verkauft mit Hinweis auf die europäische Konkurrenz tieferer Produzentenpreise, während derselbe Verarbeiter die eigenen Convenience-Produkte zu einem überhöhten Preis absetzt — völlig ungeachtet der eben beschworenen europäischen Konkurrenz. Es hängt also davon ab, wie der grosse Player vor dem Konsumenten die Sache verständlich macht und begründet. Und da er unter den heutigen Bedingungen der Preiskonkurrenz nur für seine eigene Wertschöpfung schaut *und freiwillig davon offenbar nicht abrückt*, müssen eben die bäuerlichen Produzenten mit einer adäquaten Marktmacht ausgestattet sein. Dann besteht auch Anlass, *die ganze Preisbildung neu zu fassen.*

Es steht also eine umfassende wirtschaftliche Reform bevor, wozu die einzelnen Schritte aus Politik, Produzenten und Verarbeitern gemeinsam beigesteuert werden müssen. Mit den Grossverteilern stehen wir im Kontakt. Auf Ebene der Produzenten suchen wir einen Ansatz mit den Maschinenringern.

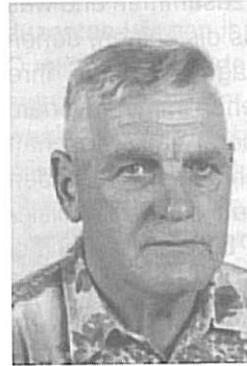
Zusammenfassung

Praktisch werden wir uns auf der Geschäftsstelle im Bereich Infrastrukturen, Landnutzung, Bodenschutz und Raumplanung weiterbeschäftigen. Wir werden aber auch versuchen müssen, einen Beitrag im Produktions- und Absatzbereich zu leisten. Als Praktiker sehen wir, dass Reformkonzepte, welche trennen wollen zwischen Ökonomie und Ökologie, die Nachhaltigkeit nicht verbessern.

Wir müssen zum industriellen Denken stehen, weil wir eben die Unterschiede zur Landwirtschaft kennen. Das liegt unserer Vereinigung nahe. Es sind die Industriellen gewesen, die den Zusammenhang der exportorientierten industriellen Produktion mit dem eigenen Umfeld der Reproduktion sehr früh als stabilitätspolitisches Thema erkannt und formuliert haben. Die SVIL wurde aus dieser Praxis heraus 1918 gegründet.

HB

Hans Wüthrich (†), Experte Land und Rechte der SVIL Nachruf



Am 27. August 2003 ist unser Mitarbeiter, Hans Wüthrich, Experte für den Bereich Land und Rechte der SVIL, nach kurzer schwerer Krankheit verstorben.

Hans Wüthrich hat seine Tätigkeit bei der SVIL 1999 für den Bau der Transitgasleitung Rodersdorf — Lostorf begonnen. Zu seinem 'Revier' gehörte der Leitungsabschnitt in den Gemeinden Bretzwil, Seewen, Reigoldswil, Titterten, Arboldswil, Lampenberg, Hölstein, Bennwil, Diegten und Läuelfingen.

Seine Arbeit als Mitarbeiter der SVIL beim Projekt der Transitgasleitung begann Hans Wüthrich mit der Kontaktnahme mit den Bewirtschaftern und Landeigentümern für die durchzuführenden Sondierbohrungen zu Abklärungen des Trasses. Anschliessend schloss er mit den Grundeigentümern und den Pächtern die notwendigen Dienstbarkeitsverträge ab, ordnete die Vorbegrünung der Baupisten zum Schutz der Landwirtschaftsböden an, erstellte die Zustandsprotokolle vor dem Anrücken der Baumaschinen, half der Bauleitung bei Wassereinbrüchen, Terrainrutschungen, Beanspruchung von weiteren Bauflächen etc.etc.. Mit seiner Erfahrung trug er bei, vorausschauend auch Schäden möglichst klein zu halten. Sobald das Gasrohr im Baugraben verlegt war, folgte die Rohplanie und die Rekultivierung des landwirtschaftlichen Kulturbodens, die Hans Wüthrich als Treuhänder des Bodens zu Gunsten einer nachhaltigen Wiederinstandstellung begutachtete und, falls die Arbeiten korrekt ausgeführt waren, mit einem Abnahmeprotokoll abschloss. Während der ganzen Bauzeit hat Hans Wüthrich bei jedem Bewirtschafter zusätzlich

die Ertragsausfälle bestimmt und baubedingte Mehraufwendungen der betroffenen Bewirtschafter entschädigt. Die eigentliche Bauzeit dauerte von 2000 bis 2002. Im 2003 waren nur noch wenige Einzelfälle zu regeln. Die Rekultivierung war Ende 2002 abgeschlossen. Es waren im Berichtsjahr noch letzte Grabenüberhöhungen zu beheben. Im April traten dann erste deutliche Anzeichen einer schwächenden Krankheit auf. Anfangs Juni musste er auf Anordnung des Arztes seine Tätigkeit unterbrechen. Am 27. August 2003 ist Hans Wüthrich für alle überraschend verstorben.

Die durch den Gasleitungsbau betroffenen Grundeigentümer und Bewirtschafter haben Hans Wüthrich als korrekten und sehr umsichtigen Kenner der Probleme im Bereich des Kulturbodens, der landwirtschaftlichen Betriebsabläufe, der Kulturtechnik und des Tiefbaues sehr geschätzt. Diese Kompetenz, sein Fachwissen und seine klare Haltung gegenüber der Bauseite wie auch gegenüber den betroffenen Grundeigentümern und Bewirtschaftern haben ihm Respekt verschafft und das Vertrauen der Bewirtschafter und Grundeigentümer eingebracht, ohne das eine reibungslose Abwicklung dieser Arbeit nicht möglich gewesen wäre. Männer seines Schlages leisten gerade bei der Realisierung von Landwirtschaftsland querenden Infrastrukturprojekten einen unschätzbaren Beitrag an eine konfliktfreie Abwicklung. "Die Bauseite weiss gar nicht, wieviele Steine wir ihr aus den Weg räumen", meinte er zuweilen trocken. Hans Wüthrich war bei vier Felderregulierungen in den Kantonen Basellandschaft und Solothurn in der Schatzungskommission. In den Gemeinden Rickenbach und Roggenburg amtierte er als deren Präsident. Die SVIL wurde wegen diesem Leistungsausweis auf Hans Wüthrich aufmerksam und engagierte ihn für den Gasleitungsbau in den Kantonen Basellandschaft und Solothurn. Hans Wüthrich lebte als Landwirt auf dem Zunzgerberg, wo er seinen hablichen Landwirtschaftsbetrieb im Übrigen schon einem seiner Söhne übergeben hat. Als allseits erfahrener Kenner der betrieblichen Probleme auf dem Bauernhof, der tiefbaulichen und kulturtechnischen Sachfragen bei Felderregulierungen und der rechtlichen und verfahrenstechnischen Kenntnisse aus seiner vielfältigen Tätigkeit in Kommissionen und Fachgremien in den Bereichen Schulung bis Produkteabsatz waren seine Beratung und seine Mitarbeit in verschiedenen Fachgremien sehr begehrt.

Die SVIL hat mit Hans Wüthrich einen erfahrenen, markanten und sehr speditiven Mitarbeiter verloren. Wir sind ihm für seine geleistete grosse Arbeit zu Dank verpflichtet. Wir entbieten auch seiner Frau und der Familie unsere aufrichtige Anteilnahme. Wir bewahren dem im Amt verstorbenen Mitarbeiter, Hans Wüthrich, ein ehrendes Andenken.

HB